

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

168. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 3. Mai 2017

Antrag 02

Emissionshandel gescheitert

Die Arbeiterkammer Wien fordert die österreichische Bundesregierung auf, sich in der EU dafür einzusetzen, dass der Emissionshandel stärker und vor allem schneller als bisher zu seinem beabsichtigten Ziel der Reduzierung der Treibhausgase führt. Es ist auch in Betracht zu ziehen, von der bisherigen Regelung des Emissionshandels abzugehen und zu einer Direktbesteuerung von CO2 Emissionen zu gelangen.

Ziel der europäischen Klimapolitik war es, dass Treibhausgasemissionen in der ganzen EU einen einheitlichen Preis haben sollten. Der Markt sollte dann dafür sorgen, dass es aufgrund des Preisdruckes der Verschmutzungszertifikate langfristig dazu kommt, dass Emissionen eingespart werden.

Dies war in der Theorie vielleicht eine gute Idee, in der Praxis hat sich dieses Vorgehen aber leider nicht bewährt. Unter anderem aus dem Grund, dass einerseits jährlich viel zu viele Emissionsrechte gratis ausgegeben wurden, andererseits auch, weil durch die Wirtschaftskrise ohnehin weniger produziert und weniger Emissionszertifikate gebraucht und zugekauft wurden.

So hat sich über die Jahre ein großer Überschuss an Emissionszertifikaten gebildet, das Angebot übersteigt die Nachfrage. Der Markt bestimmt den Preis: dzt. kostet es eine Tonne CO2 zu emittieren nur 5€. Für wirksame Emissionsverringerung wäre ein Preis von 20-30€ nötig.

Zwar haben sich Ende Februar 2017 die EU-Staaten auf eine Reform des Emissionshandels geeinigt, doch diese Reform ist angesichts der drohenden globalen Klimakatastrophe viel zu sanft ausgefallen. Der Preis für Emissionen wird wahrscheinlich nicht einmal im nächsten Jahrzehnt (oder noch darüber hinaus) zu einer Verminderung des CO2 Ausstoßes führen. Nur eine radikale Streichung der Menge an handelbaren Verschmutzungszertifikaten und die Einführung eines Mindestpreises je Tonne ausgestoßenes CO2 könnte dieses Instrument noch zu einem zweckmäßigen machen.

Es gäbe natürlich Möglichkeiten dieses System dahingehend zu reformieren, dass es greifen kann. Nur leider ist in der EU offenbar der politische Wille bzw. der Mut zu wirklich tiefgreifenden Maßnahmen nicht vorhanden. Der Hinweis, dass diese Maßnahmen zu teuer wären kann hier nicht gelten, denn die Folgen eines globalen Klimawandels werden um ein Vielfaches teurer sein, vom damit einhergehenden menschlichen Leid ganz zu schweigen.

Offenbar können oder wollen die politisch Verantwortlichen die Folgen des Klimawandels nicht erkennen, obwohl Wissenschaftler seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten davor warnen.

Um hier nur einige zu nennen: Die Gletscher gehen zurück, das arktische Meereis verringert sich. Beides sorgt dafür, dass sich die Erwärmung weiter verstärkt (Eis reflektiert Sonnenlicht). In der Folge steigt der Meeresspiegel an. Küstengebiete und niedrigliegende Inseln werden überflutet, diese Gebiete können nicht mehr bewohnt werden.

Es kann sogar dazu kommen dass die so wichtigen Meeresströmungen abreißen, was zu einem abrupten Umkippen des Klimas führen würde (- so etwas ist in der Erdgeschichte schon passiert, auch ohne menschliches Zutun). Eine mögliche Folge wäre, dass es im Nordatlantikraum kälter würde. Auf der Südhalbkugel wäre es dafür noch wärmer, eine Ausdehnung der Wüstengebiete wäre wahrscheinlich. Es käme zu Flüchtlingsströmen und als Folge davon zur politischen Destabilisierung, möglicherweise zu Kriegen.

Daher liegt es auf der Hand, dass die weitere Erwärmung des globalen Klimas unbedingt vermieden werden muss. Jedes andere Handeln wäre nicht nur eine ökologische, sondern auch eine ökonomische Katastrophe. Eine ernsthafte Reduktion der CO₂ Emissionen ist daher unbedingt einzufordern.